



Mehr Transparenz bei Top-Gehältern

erstellt 21.01.05, 07:32h

Der Politiker veröffentlicht seine gesamten

Einkünfte im Internet.

VON THOMAS AGTHE

Bonn - Bonns Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber (SPD) hat sich weitgehende Transparenz der Einkünfte von Politikern ausgesprochen, die ein Abgeordnetenmandat wahrnehmen. Gleichzeitig wies Kelber, der zusammen mit 20 Politikerkollegen im Bundestag den „Gesetzentwurf zur Verbesserung der Transparenz von Vorstandsvergütungen“ eingebracht hat, darauf hin, dass auch in der Wirtschaft Managervergütungen nachvollziehbar offen gelegt werden müssen, dies insbesondere in Zeiten, da die Mannesmann-Übernahme noch nicht vergessen sei.

Kelber erklärte gestern, dass Nebeneinkünfte von Abgeordneten weitgehend offen gelegt werden müssten. Die Höhe der Nebeneinkünfte müsse klar ersichtlich sein. Der Sozialdemokrat aus Bonn befürwortet eine Neuregelung, die jene Politiker hart bestraft, die sich nicht an die Regeln halten.

Ausführlich äußerte sich Ulrich Kelber freilich zur Offenlegung von Manager-Bezügen. Der bisher freiwillige „Deutsche Corporate Governance-Kodex zur Transparenz der Vorstandsvergütungen“ müsse durch ein Gesetz ergänzt werden, das Mindeststandards setze. Den freiwilligen Kodex praktizieren nach Erkenntnis des SPD-Mannes ohnehin nur ein kleiner Teil der börsennotierten Unternehmen. Kelber wies darauf hin, dass nach derzeit geltendem Recht die Aktiengesellschaften gerade einmal des Gesamtgehalt des Vorstandes öffentlich ausweisen müssen und zwar im Anhang eines Jahresabschlusses. Folglich sei es den Aktionären oder deren Vertretern nicht möglich einzelne Vergütungen zu erkennen und diese in Beziehung zu setzen zu dem jeweiligen Erfolg oder Misserfolg des Unternehmens. Auch sei nicht erkennbar, welche finanziellen Anreize für den jeweiligen Vorstand vereinbart seien.

Kelber: Es geht hier nicht um eine »Neiddebatte« sonder viel mehr darum, dass ein potenzieller Kapitalanleger bisher nicht erkennen kann, welche Motive die Handlungen der Vorstände bestimmen. Was im Kodex fehlt, aber besonders wichtig ist, um individuelle Anreizstrukturen abzuschätzen, sind die Pensionsleistungen, Zahlungen durch Dritte und Abfindungen bei Übernahmen.“ Kelber verwies auf den „Goldenen Handschlag“, mit dem Klaus Esser“ bedient worden sei. Dieser sei weder für Beschäftigte der Firma Mannesmann noch für die Aktionäre erklärbar gewesen. Es müsse unbedingt nachvollziehbar sein, wer in einem Unternehmen aufgrund welcher Anreize handle. Dies sei letztlich „einer fortschrittlichen Entwicklung des Finanzplatzes Deutschland“ dienlich.

Mit einem entsprechenden Gesetz zur Transparenz der Vorstandsvergütungen werde sich Deutschland im übrigen in die Reihe europäischer Länder stellen, die ohnehin die Offenlegung von Vorstandsvergütungen praktizieren. Zu diesen Ländern gehören Frankreich, Schweden, Österreich, wie auch die Schweiz, die Niederlande, England und als

außereuropäisches Vorbild auch die USA.

Kelber selbst praktiziert seit Jahren die Offenlegung seiner Bezüge auf seiner Homepage. Dort ist nachzulesen, dass der SPD-Abgeordnete aus Bonn im laufenden Jahr 7009 Euro pro Monat an Diäten erhält. Dazu kommen eine Aufwandsentschädigung von 3589 Euro für verschiedenste Aufwendungen, die sich aus seiner Tätigkeit in Berlin und Bonn ergeben. Weiterhin verfügt Kelber über eine jährliche Summe von 1022 Euro als Beiratsmitglied der Regulierungsbehörde Telekommunikation und Post. Wie allen anderen Abgeordneten kann Kelber über 9910 Euro verfügen, mit denen er seine Bürokräfte und Assistenten bezahlen kann. Das Geld freilich wird direkt von der Bundestagsverwaltung an die Arbeitnehmer des SPD-Mannes überwiesen. Allerdings bekommt er eine Bürokostenpauschale von 7500 Euro im Jahr. Freie Flüge im Rahmen der Abgeordnetentätigkeit, eine Erster-Klasse-Karte für die Bundesbahn stehen ihm ebenfalls zur Verfügung.

Im Rahmen seiner kommunalpolitischen Tätigkeiten hat Kelber 168 Euro für seine Sitzungen im Stadtwerke Ausschuss erhalten (2004) sowie als sachkundiger Bürger Sitzungsgelder von 261 Euro, die er ebenfalls versteuern musste. Knappe 2900 Euro, die er als Aufwandsentschädigungen aus den Sitzungen von Aufsichtsräten erhielt, hat er eigenem Bekunden nach voll sozialen Projekten zukommen lassen.

Kelber bekundet, dass auch „immer mehr Kolleginnen und Kollegen“ der SPD-Bundestagsfraktion seinem Beispiel folgen.

www.kelber.de

<http://www.ksta.de/artikel.jsp?id=1105732532822>



Den Kölner Stadt-Anzeiger jetzt online abonnieren!

Copyright 2002 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.